



Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.02.2018 folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Neubau spricht sich gegen die verpflichtete Unterbringung von AsylwerberInnen in organisierten Massenquartieren und den Aufbau eines solchen Quartiers im Bezirk Neubau aus.

Begründung

In Wien lebt die Mehrheit der AsylwerberInnen, nämlich 68 Prozent, in privaten Unterkünften. Das ist bewusst gesteuert und hat zwei Gründe. Erstens ist die private Unterbringung für die Stadt deutlich günstiger, Plätze in organisierten Unterkünften sind pro Person und Monat mehr als doppelt so teuer. Grund sind die anderen Voraussetzungen für Personal, Infrastruktur und Vorschriften. Sowohl der OÖ Rechnungshof (2017) als auch der Bundesrechnungshof (2013) empfehlen mehr private Quartiere für Flüchtlinge, aufgrund eindeutiger Kostenvorteile. Die Umstellung in Großquartiere würde vor allem in Wien einen massiven Kostenanstieg bedeuten. Abgesehen vom Kostenfaktor ist die private Unterkunft auch ein erster Schritt ins selbstständige Leben. Außerdem hat es Vorteile für das gute Zusammenleben in einer Stadt: Integration gelingt besser, wenn Flüchtlinge in einem vielfältigem Umfeld leben, wo sie andere Menschen kennenlernen können und im Umgang mit NachbarInnen, in Geschäften, etc. Deutsch sprechen müssen.

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Unterbringung von AsylwerberInnen in Zukunft ausschließlich in vom Bund organisierten Unterkünften zuzulassen. Wien soll aber eine Stadt ohne Banlieue bleiben. Ghettobildung muss verhindert werden. Die in Wien geübte Praxis der Unterbringung von Flüchtlingen erleichtert auch die nachbarschaftliche Kontaktaufnahme mit WienerInnen und trägt so zur Beseitigung von Vorurteilen bei. Unterschiedliche soziale Gruppen sollen gemeinsam in Wien leben – das ist das Prinzip in der Wiener Sozialpolitik und auch bei Geflüchteten der richtige Zugang.